

PROTOKOLL

Fortschreibung Klimaschutzkonzept Freiburg 2018

Stakeholder – Beteiligung „Gebäude, Verwaltung, Stadtplanung“

Workshop

Rathaus im Stühlinger, 20.06.2018, 14:00-17:00 Uhr

Moderation: Sibylle Braungardt

Protokoll: Jana Zieger

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Vorstellungsrunde – Klaus von Zahn, UWSA
2. Vorstellung des Ablaufs zur Erstellung des KSK 2018 – Sabine Wirtz, UWSA
3. Einführungsvortrag: Szenarien, Rückschau Bürgerbeteiligung, Vorstellung Maßnahmenplan – Tanja Kenkmann, Öko-Institut e.V.
4. Diskussion in 2 Gruppen: Ergänzung weiterer Maßnahmen, Ausgestaltung ausgewählter Maßnahmenvorschläge, Tanja Kenkmann und Sibylle Braungardt, Öko-Institut e.V.
5. Gemeinsame Priorisierung der Maßnahmen
6. Ausblick und Verabschiedung

1. Begrüßung und Vorstellungsrunde

Herr Dr. von Zahn begrüßt die Teilnehmenden zum Expertenworkshop im Rahmen der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes und gibt einen Überblick über die Thematik und den aktuellen Stand des Klimaschutzes in Freiburg. Aktuell steht Freiburg bei einer Reduktion von 30% der Treibhausgase gegenüber den Emissionen im Basisjahr 1992. Freiburg strebt eine Reduktion der Treibhausgase von 50% bis 2030 und eine Klimaneutralität bis 2050 an.

Die Teilnehmenden stellen sich und ihre Arbeitsgebiete in einer kurzen Vorstellungsrunde vor.

2. Klimaschutzkonzept 2018 – Sachstand und Prozess

Der bisherige Ablauf zur Erstellung des neuen Klimaschutzkonzeptes für Freiburg kann online auf der Seite der Stadt eingesehen werden [<https://www.freiburg.de/pb/Lde/1193584.html>]

3. Einführungsvortrag: Szenarien, Rückschau Bürgerbeteiligung, Vorstellung Maßnahmenplan

Szenario-Berechnungen:

Das Öko-Institut hat zwei Szenario-Berechnungen zur Entwicklung von Endenergieverbrauch und Emissionen in der Stadt Freiburg bis 2050 durchgeführt. Es handelt sich um eine Aktualisierung der Szenarien aus dem Jahr 2011. Es wurden die Verbrauchssektoren *Verkehr*, *Private Haushalte* und *Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und Industrie* betrachtet. Das Basisjahr für die Berechnungen ist 2014.

Die Ergebnisse der Szenario-Rechnungen, die relevanten Stellschrauben, resultierenden Fragestellungen und Handlungsstrategien sind in der beigefügten Präsentation dargestellt.

Nachfrage zu den Annahmen im Ziel-Szenario:

Als Sanierungsrate in den Szenarien wurde 2,2% ab 2030 angenommen. Ist die angenommene Sanierungsrate erreichbar oder gibt es Grenzen, die nicht überwunden werden können?

Antworten: Generell ist über politische Programme, wie zum Beispiel auch die seit langem diskutierte steuerliche Förderung von Sanierungsmaßnahmen, eine Steigerung der Sanierungsraten gut steuerbar, jedoch fehlen schon seit Jahren die Handwerksbetriebe, die die Sanierungen umsetzen können. Die Firmen sterben weg – die Ausbildungsrate muss gesteigert werden.

Weiteres wichtiges Thema ist das Spannungsfeld zwischen dem Erhalt von günstigem Mietwohnraum und energetischer Sanierung. Die Meinungen der Gruppe reichen hier von „Eine höhere Förderung ist notwendig, um günstigen Wohnraum nach einer Sanierung zu erhalten“ bis zu „Es sind ausreichend Fördermittel abrufbar, sie müssen nur richtig beantragt und kombiniert werden. Es gibt eher eine ‚Überförderung‘.“

Rückschau Bürgerbeteiligung:

Die bisherige Bürgerbeteiligung im neuen Klimaschutzkonzept für Freiburg kann online auf der Seite der Stadt eingesehen werden [https://www.freiburg.de/pb/_Lde/1193584.html]

Maßnahmenplan (tabellarische Übersicht liegt bei)

Der aktuelle Maßnahmenplan wird vorgestellt und anschließend kurz im Plenum diskutiert und ergänzt:

Maßnahme 18: der Abschluss einer Vereinbarung mit dem Land BW zur Sanierung der Landesliegenschaften in Freiburg wird als schwierig umzusetzen eingeschätzt, da zentral aus Stuttgart gesteuert wird. Die Gelder sind theoretisch da. Problem der Landesliegenschaften: Diese sind häufig denkmalgeschützte Gebäude – Sanierungen nur begrenzt umsetzbar. Die Sensibilität für die Dringlichkeit von Sanierungen ist zwar da, aber Abkommen auf lokaler Ebene sind sehr schwierig, da es Abhängigkeit vom Land gibt. Es sollte einen Abgleich geben, was in den nächsten Jahren passiert, damit man konkrete Zahlen hat.

Maßnahme 2: Sommertemperaturen steigen, künftig wird es mehr aktiv gekühlte Gebäude geben. Sommerlicher Wärmeschutz sollte als extra Thema in Beratung aufgenommen werden – z.B. aufklärende Kampagne, spezielle Beratungen zu dem Thema, wie kann sommerlicher Wärmeschutz verbessert werden, evtl. auch mit passiven Kühlmaßnahmen. Momentan wird noch viel in der klassischen Energieberatung mit winterlichem Wärmeschutz gedacht, aber sommerlicher Wärmeschutz wird sicher in der Wichtigkeit zunehmen.

Maßnahme 22: Kann eine stärkere Nutzung den Neubau von Gebäuden verhindern? Gute öffentliche Gebäude sind eigentlich die, die fast durchgängig genutzt werden. Leerstehende Gebäude sind schlecht. Z.B. Schulen nachmittags von Vereinen nutzen lassen? Jedoch ist die Vermietung von Ge-

meindesälen etc. kompliziert (Versicherungsfragen, Schlüssel etc.) Kosten-Nutzen-Aufwand miteinbeziehen.

Maßnahme 22 : Best Practice: Der Paulussaal wird zukünftig vormittags als Vorlesungssaal (Audimax) genutzt, abends als Veranstaltungsraum für öffentliche Veranstaltungen, am Wochenende durch die Pauluskirche. Gebäude sollten so ausgestattet werden, dass eine solche vollständige Nutzung möglich ist. Dieses Beispiel ist ein gutes Vorbild, wie eine solche optimale Nutzung aussehen könnte

Thema: Neubaubeheizung mit Nahwärmenutzung (Nahwärmenetz vorhanden). Fragestellung: Macht ein großes Nahwärmenetz überhaupt noch Sinn oder macht es mehr Sinn auf eine dezentrale Struktur zurück zu greifen? Eine grundlegende Frage, die auch im Rahmen der Stadtplanung beachtet werden sollte. Für die Wärmeversorgung von relativ kleinen Neubaugebieten bekommt man keine Angebote, da Wärmeabnahme zu gering. Im Handlungsfeld Nachhaltige Wärmeversorgung werden derzeit Vorranggebiete für Nahwärme untersucht.

Verschiedene Maßnahmenvorschläge zu Gebäudesanierungen: Abgleich notwendig, damit sich Ziele Nachhaltigkeit und Klimaschutz nicht widersprechen.

Reboundeffekt sollte genauer betrachtet werden: Wie entsteht Reboundeffekt (Sanierungen oder Neubau), und was ist ein Reboundeffekt (z.B. dass die Nutzer nach Sanierung auf höhere Raumtemperaturen heizen, auch höhere Effizienz bei Geräten führt auch zur Steigerung des Verbrauchs durch höhere Ausstattung (bsp. Mehr Leuchtpunkte bei LED Beleuchtung)).

Sanierungszuschüsse sind wirksamer als günstige Kredite. Vorschlag: einfaches Online-Tool mit dem Sanierungswillige mit relativ einfachen Mitteln sehen, ob es für ihr Vorhaben eine Förderung gibt oder nicht → Senkung der Hemmschwelle.

Die Beratungsqualität muss wesentlich erhöht werden, Beratung sollte praktisch und pragmatisch sein und anhand konkreter Beispiele zeigen, wie was umgesetzt werden kann. Bei der Sanierung geht es hauptsächlich ums Geld und folglich steigende Mieten. Die Beratungsintensität bei sanierungsinteressierten Kunden wird kontinuierlich höher. Bei Negativzinsen bei KfW Förderung, wenn alle Fördermittel genutzt und die Kunden gut beraten werden, dann setzen die Kunden die Sanierungen auch um. 70% der Gesamtinvestitionen können mit KfW- Förderungen finanziert werden. Die Beratungsleistungen müssen wesentlich erhöht werden, dann sinken die Vorbehalte gegen eine Sanierung. Die Gebäudeeigentümer verstehen oft noch nicht, wie man die ganzen Programme vernünftig miteinander kombinieren kann. Dies gilt sowohl für private Gebäudeeigentümer, die ihre Altbauten sanieren, als auch für Mietwohnungen.

Ein Kostenproblem besteht eher beim Neubau. Wenn investiert wird gibt es zwar Fördermittel, aber niedrige Abschreibungen und hohe Tilgungskosten. Die Abschreibungen müssten erhöht werden. Die steuerlichen Belastungen durch die Gewinne sind sonst zu hoch.

4. Diskussion in 2 Gruppen: Ergänzung weiterer Maßnahmen, Ausgestaltung ausgewählter Maßnahmenvorschläge

4.1. Erste Gruppe: Umsetzer

Folgende Punkte sollen diskutiert werden:

- 1) Städtisches Förderprogramm zu Gebäudesanierung: Wie kann das Förderprogramm weiter entwickelt werden? Welche speziellen Förderbausteine brauchen Gebäudeeigentümer, um wirklich zu sanieren?

- 2) Sanierungskampagne: Ergänzungen und Ausgestaltung?
- 3) Effiziente Wohnflächennutzung
- 4) Qualitätssicherung bei Sanierungsmaßnahmen: Wie ein hohes Niveau bei der Umsetzung erreichen? – wurde aus Zeitgründen nicht mehr diskutiert
- 1) Städtisches Förderprogramm zu Gebäudesanierung:

Aktuelle Bausteine sind: Wärmedämmung des gesamten Gebäudes, Fördermittelberatung, Förderung von Heizungsaustausch bei Einsatz EE, Zuschuss BHKW-Bausteine (läuft nicht so gut), Zuschuss Fernwärmeüberwachung bei Heizungen (läuft nicht so gut), Zuschuss Batteriespeicher bei Neuinstallation von PV Anlagen.

Kommentare/Vorschläge Förderprogramm:

- bisherige Bausteine sinnvoll.
- Förderbaustein Heizvariantenvergleich auf Vollkostenbetrachtung im Rahmen der BHKW Beratung übertragen auf andere Heizvarianten, z.B. Nahwärmeanschluss.
- Zuschuss für Energieberatung sollte erhöht werden auf 500-750€, damit sich die Energieberater umfassend mit dem Gebäude auseinandersetzen können.
- Förderung von Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung bzw. mind. mit Abwärmenutzung.
- Beratungskaskade fördern – vom allgemeinen Sanierungskonzept bis hin zur ausführlichen Beratung zu Einzelthemen (Bsp. Bottrop, Emmendingen) – BAFA-Beratungsförderung gibt es, jedoch zu kompliziert, zu formal.
- Förderung einer „Hotspot-Beratung“ mit den 5 (bis 10) wichtigsten Maßnahmen – jedoch muss Dokumentation für Fördermittelauszahlung vorhanden sein.
- Sanierungsfahrpläne sind prinzipiell ein besseres Beratungsinstrument als BAFA-Beratungen.
- Dachaufstockung fördern.

2) Sanierungskampagne mit verschiedenen Bausteinen:

- mehr Werbung für Beratung in der Breite ist nicht hilfreich. Eher an dem Punkt ansetzen, wo z.B. EWärmeG einsetzt (Nutzung erneuerbarer Energien bei Heizkesseltausch).
- Karawanenberatung (als unaufgeforderte Breitenberatung) nicht sinnvoll, da wenig effizient (hoher Aufwand, wenig wird umgesetzt); besser „konkrete“ Energieberatung mit Zuschuss.
- Begriff „Sanierungskarawane“ nicht verwenden, besser „Sanierungsclub“ oder ähnliches.
- Gezielte Sanierungsveranstaltungen für Interessierte: z.B. Baustellenbesichtigungen mit anschließender Info-Veranstaltung mit 2-3 Referenten (attraktive Veranstaltungen mit guter Werbung (Wirksamkeit höher ist als bei Einzelberatung); gezielte Einladungen mit Fotos, Besichtigung interessanter Objekte (unterschiedliche Gebäudestrukturen), anschließend Vorträge, Informationen zu Förderungen, evtl. Getränke.
- Internet-Tool zu Förderungen wäre sinnvoll, aber zu kompliziert; auch BAFA-Tool ist – schon alleine für BAFA-Förderungen - zu kompliziert.

- WEG als Zielgruppe extrem schwer zu erreichen: sind i.d.R. uneinig. Wie kann man den überzeugen? Das sind riesige Immobilien, die eigentlich nicht saniert werden, weil man da nicht ran kommt – Eigentümer wollen nicht. -> rechtlicher Rahmen auf Bundesebene muss sich ändern!
- Beratungsbausteine – mehr Querverknüpfung zu besserer Gebäudenutzung, Qualität der Beratung verbessern, ganzteilige Beratung, nicht nur zu Einzelteilen, so dass das Gesamtkonzept am Ende Sinn macht.

3) Effiziente Wohnflächennutzung

Mit dem Älterwerden steigt Wohnraumverbrauch pro Person. Um dem entgegenzuwirken bräuchte man z.B. flexiblere Nutzungskonzepte, Umzugsmanagement, usw. Welche konkreten Möglichkeiten gibt es hier?

- Flexible Grundrisse im Neubau; in Neubauprojekten bereits überlegen wie das Wohnverhalten sich ändern könnte, wenn Bewohner altern – vorausplanen. Wohnungstausch ermöglichen, etc.
- Quartiere identifizieren mit besonders ineffizienter Wohnraumnutzung und dort gezielte Aktionen starten, Öffentlichkeitsarbeit zur gezielten Sensibilisierung, Beratung zur Wohnraumnutzung im Alter, Umbau, Beratung zu generationsübergreifendem Wohnen, bessere Kommunikation vorhandener Projekte.
- Einfluss der Stadtplanung begrenzt, Stadtplanung geschieht eher im Bereich der Nachverdichtung. Private Ebene (Wohnraumbene) ist eher nicht Sache der Stadtplanung.
- Genehmigungsverfahren erleichtern für Einliegerwohnungen, zusätzliche Anbauten etc. – Die Stadt sollte hier Erleichterung schaffen.
- Flexible Nutzungsmöglichkeiten von öffentlicher Gebäude bereits im Bebauungsplan mitdenken (Bsp. Kindergärten, Schulen – später am Tag nutzen für Treffen von Seniorengruppe etc.)
- Nachträgliche Teilung von Wohnungen ist schwierig: Schallschutz, Leitungen, Vorschriften etc. der logistischer Aufwand ist sehr groß. Wichtiger sind unterschiedliche Wohnungsgrößen nebeneinander im Neubau. Architekten sollten so planen, dass z.B. auch eine 3-Zimmer-Wohnung für Familien genutzt werden kann (2 Toiletten) → Architekten sensibilisieren.
- Wohngruppen im Alter wäre Möglichkeit.
- Es besteht Potenzial beim Thema Ressourcensparen durch Nutzflächeneinsparung. Nur weil Lösungen schwer zu finden sind sollte das Thema nicht vernachlässigt werden. Recherchieren: wo kann man in neuen Stadtteilen schon ansetzen? Man muss schauen, ob die Theorie der flexiblen Grundrisse hier passt oder eher die Angebotsvielfalt. Möglichkeiten, innerhalb des Blocks/ Quartiers umzuziehen? Nachfrage wäre da, wenn Angebot da wäre; z.B. den eigenen Kindern großes Haus zu überlassen, wenn die Möglichkeit da ist, in eine kleine, seniorenge-rechte Wohnung in der gleichen Gegend zu ziehen.
- Bausteine mit Mischung aus Angeboten sind wichtig, die Umzug im gleichen Stadtgebiet erleichtern. Mut, hier auch utopisch zu denken. Beispiel Vauban: Viele Wohnungen über zwei Stockwerke errichtet – ungeeignet für Senioren. Ist das in Dietenbach auch so?
- Änderung am Eigentum zu teuer wegen hoher Gebühren, Steuern etc. ?? (Verkauf Haus, Kauf kleinere Wohnung – Notargebühren, Grundbuch, Grunderwerbssteuer) – eher Thema für Mietwohnungen?

- Wohnungen mit flexiblen Grundrissen, werden selten flexibel genutzt; der finanzielle Leidensdruck junger Familien ist so groß, dass „normale“ Wohnungen bereits zu teuer sind. Möglichkeiten sollten durch Architekten aufgezeigt werden, damit solche Änderungsmöglichkeiten auch umgesetzt werden.
- Im Neubau flexible Planung fördern.
- Was fehlt, um ältere Leute, die in großen Wohnungen/Häusern wohnen und die sie gern abgeben würden, sind Institutionen, die auf diese Leute zugehen und vermitteln, die sie „an die Hand nehmen“ und die Hürden für die tatsächliche Umsetzung abbauen.

4.2. Zweite Gruppe: Gebäudeeigentümer

Basierend auf der Diskussion im Plenum wurde die effiziente Nutzung von Räumen in Nichtwohngebäuden erneut aufgegriffen:

- Durch eine Optimierung der Nutzung von vorhandenen Veranstaltungsräumen könnten Energiekosten eingespart werden und temporärer Leerstand vermieden werden.
- Eine einrichtungsübergreifende Plattform zur Vernetzung von Anbietern und Nutzern von Veranstaltungsräumen könnte zur Steigerung der Effizienz in der Raumnutzung beitragen. Neben Schulen sollten auch Räume von weiteren öffentlichen / gemeinnützigen / kirchlichen Trägern einbezogen werden.
- Best-practice-Beispiele sollen dabei als Vorbild dienen.
- Teilweise wird von bestimmten Akteuren Widerstand geäußert (z.B. Eltern an Schulen), diesem muss geeignet begegnet werden.

Die Chancen und Herausforderungen im Zusammenhang mit verhaltensbasierten Möglichkeiten zur Energieeinsparung wurden diskutiert:

- Die Auswertung von Daten zum Energieverbrauch in Gebäuden der Stadtbau zeigen, dass der Verbrauch innerhalb eines Gebäudes in den verschiedenen Haushalten sehr unterschiedlich ist.
- Ein Bewusstsein für Raumwärme solle geschaffen werden, dabei soll aber differenziert werden.
- Technische Maßnahmen, wie z.B. „smarte“ Thermostate, werden eher kritisch bewertet.
- Im Bereich der Schulen werden in Freiburg Projekte nach dem fifty-fifty-Prinzip durchgeführt, d.h. Einsparungen, die durch verhaltensbasierte Maßnahmen in Schulen generiert werden kommen zu 50% der Schule als frei verfügbare Prämie zu Gute.

Die Durchführung eines Pilotprojektes einer Sanierung mit vorgefertigten Bauteilen wird prinzipiell als interessant angesehen. Bisherige Bemühungen der Stadtbau scheiterten daran, dass der potenzielle Kooperationspartner nur Projekte mit kleineren Gebäuden durchführt.

Energieberatung Wohngebäude:

- Plenum: Intensivere Beratung zu Förderprogrammen (praktisch und pragmatisch) gewünscht
- Kleingruppe: Aktive Ansprache insbesondere derjenigen Nutzer, die bisher kein Interesse haben

Umzug innerhalb Genossenschaften in eine kleinere Wohnung könnte querfinanziert werden: Die neue kleinere Wohnung ist in der Regel nicht billiger als die bisherige. Wird die bisherige Wohnung aber teurer neu vermietet, könnten diese Mehreinnahmen dazu genutzt werden, die kleinere Wohnung billiger anzubieten und damit einen zusätzlichen Anreiz zum Umzug zu schaffen.

Quartiersansatz: Es wurde diskutiert, inwiefern ein Quartiersmanager sich für den Klimaschutz einsetzen kann. Es wurde angeregt, dass eine solche Position möglichst lange besetzt sein sollte (länger als drei Jahre), um Erfolge erzielen zu können.





